



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein ereignisreiches Jahr 2017 neigt sich dem Ende zu. Bevor es aber in die Weihnachtspause geht, wollen wir uns noch einmal zu Wort melden.

Wir trauern um unseren lieben Freund und Kollegen **Ewald Schurer**, der Anfang Dezember völlig überraschend verstorben ist. Sein plötzlicher Tod hat uns zutiefst erschüttert und bewegt. Lieber Ewald, Du wirst uns sehr fehlen!

Am 24. September 2017 haben wir uns ganz persönlich über unsere **Wiederwahl** in den Deutschen Bundestag gefreut. Das Ergebnis für die SPD – bundesweit wie in München – war aber für uns alle niederschmetternd.

Leicht wird aber auch vergessen, dass auch die Union, allen voran die CSU in einem bislang unvorstellbaren Maße verloren hat. Der Schluss, den wir noch am Wahlabend gezogen haben, nämlich dass die Große Koalition abgewählt wurde, war daher richtig. Über die Ursachen wird noch zu reden sein.

Das unerwartete und von den vier beteiligten Parteien zu verantwortende Scheitern der Jamaika-

Sondierungsgespräche stellt uns vor schwierige Fragen. Sowohl auf dem Münchner wie auf dem Bundesparteitag haben wir intensiv um den richtigen Weg gerungen und uns schlussendlich für ergebnisoffene Gespräche mit der Union entschieden. Das Ergebnis der nun folgenden Sondierungsgespräche soll einem für den **21. Januar 2017** einberufenen Sonderparteitag vorgelegt werden, der dann über das weitere Vorgehen

entscheidet. Klar ist für uns, dass jedwede Form einer Regierungsbeteiligung durch ein Mitglieder-votum legitimiert sein muss. Gerne könnt ihr uns Eure Einschätzung schreiben. Eure Meinung ist uns wichtig.

Wir wünschen Euch trotz dieser politisch ungewissen Zeiten frohe und erholsame Weihnachtstage und ein gutes Neues Jahr 2018!

Florian Post *Claudia Tausend*

Euer Florian Post und Eure Claudia Tausend

Zum Gedenken an Ewald Schurer

15.4.1954 - 3.12.2017

Mehrere hundert Trauergäste, Familie, Freunde und politische Weggefährten nahmen am Samstag, den 9. Dezember, in der Ebersberger Stadtpfarrkirche Abschied von Ewald Schurer, der völlig überraschend eine Woche zuvor im Alter von nur 63 Jahren verstorben war. Er erlag im Schlaf einem plötzlichen Herztod.

Ewald Schurer trat 1972 in die SPD ein und engagierte sich zunächst bei den Jusos, deren Vorsitzender er in Südbayern von 1972 bis 1985 war. Von 1990 bis 2004 und von 2009 bis 2011 war er Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Ebersberg. Von 2003 bis 2017 Vorsitzender des SPD-Bezirks Oberbayern und von 2009 bis 2017 zudem stellvertretender Landesvorsitzender – beides Funktionen, die er bis Mitte dieses Jahres mit großem Engagement wahrnahm.

Von 1998 bis 2002 und von 2005 bis zu seinem Tod war er Mitglied des Bundestags, Ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss und dort Berichtserstatter für den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, dem größten Posten im Bundeshaus-

halt. In ihren Nachrufen würdigten Stadtpfarrer Riedl, Landrat Niedergesäß, die Landtagsabgeordnete Doris Rauscher, SPD-Ortsvereinsvorsitzender Hans Mühlfnzl, der Bundestagsabgeordnete Florian Post, Thorsten Rienth vom Jugendzentrum und schließlich sein Bruder Robert die verschiedenen Aspekte der Persönlichkeit von Ewald Schurer.

So wurde er nicht nur als engagierter Politiker und guter Demokrat allgemein geschätzt, sondern auch als warmherziger Familienmensch geliebt. Auch als Bundespolitiker ist er immer bescheiden, heimatverbunden und bodenständig geblieben.

Vor Ort als „rotes Urgestein“ überall präsent und in der Kommunalpolitik als Interessensvertreter Ebersbergs und Gesprächspartner über drei Jahrzehnte bei allen Parteien respektiert.

Immer hat er sich vor allem für die Jugend eingesetzt – nicht nur als Fußballtrainer. Ewald Schurer hat jüngere Leute für die Politik begeistert, 1973 das erste selbstverwaltete Jugendzentrum in Bayern



mitgegründet und viele Sommer auf dem Ebersberger Abenteuerspielplatz mit Kindern verbracht, die in den Ferien nicht in den Urlaub fahren konnten.

Wir verlieren mit Ewald Schurer nicht nur einen geradlinigen und korrekten Kollegen und guten Genossen, sondern vor allem einen herzenguten Menschen! Er hat auch immer versucht, den Münchner Belangen eine angemessene Geltung zu verschaffen.



Mehrere hundert Trauergäste, Familie, Freunde und politische Weggefährten nahmen an der Trauerfeier teil.



Bewegende Rede von Florian Post in der Ebersberger Stadtpfarrkirche.



Jahresparteitag der Münchner SPD

„Wo SPD draufsteht, muss sozialer Fortschritt drin sein“

Am 2. Dezember 2017 fand im Münchner Gewerkschaftshaus der Jahresparteitag der Münchner SPD statt.

Dierk Hirschel, der Mitglied der SPD-Grundwertekommission ist und bei verdi den Bereich Wirtschaftspolitik leitet, führte mit einem Grundsatzreferat in die Debatte zur Zukunft der SPD ein. Sein Credo: „Wo SPD draufsteht, muss sozialer Fortschritt drin sein.“

In der folgenden mehrstündigen Debatte setzten sich die Delegierten intensiv mit der Zukunft unserer Partei

und einer möglichen Regierungsbeziehung im Bund auseinander. Mehrheitlich wollten die Delegierten keine Vorfestlegung treffen. Immer wieder wurde jedoch die Forderung nach den SPD-Kerninhalten, wie der Sicherung von bezahlbarem Wohnraum und Mieten oder einem gerechten und armutsfesten Rentenkonzert laut. Die Debatte war insbesondere auch für die Münchner Delegierten zum Bundesparteitag, der wenige Tage später stattfand, eine wichtige Orientierung.



Das Ergebnis der Jamaika-Sondierungsgespräche

für den Bereich Bauen und Wohnen

Eines ist klar: Jamaika wäre ein Anschlag auf die Rechte der Mieterinnen und Mieter in Deutschland gewesen.

Die Mietpreisbremse wäre abgeschafft worden, statt sie wirksamer zu machen;

es hätte keinen Schutz der Mieter vor Luxussanierungen gegeben und ebenso wenig einen verbesserten Mietspiegel. Statt das soziale Mietrecht zu stärken, hätte eine Schwampel-Koalition einseitig Interessen von Vermietern und Eigentümern vertreten. Wie die Auswertung des Sondierungspapiers zeigt, hätten auch die Grünen letztendlich alles mitgemacht. Während sie auf Bundesebene vorgaben, ähnliche Positionen wie die SPD zu haben, haben sie z.B. in Schleswig-Holstein in der dortigen Koalition die Mietpreisbremse abgeschafft. Klar ist, dass sie auch im Bund

Mieterinteressen für grüne Lieblingsthemen geopfert hätten.

Das grundlegende Problem, dass der Bund laut Verfassung schon in drei Jahren keine Möglichkeit mehr hat, die soziale Wohnraumförderung überhaupt zu unterstützen, blenden die gescheiterten Jamaika-Partner komplett aus. Dem Rückgang des Sozialwohnungsbaus hätte Jamaika demnach tatenlos zugesehen. Stattdessen ist aber eine Bundesverantwortung für den sozialen Wohnungsbau über 2019 hinaus dringend notwendig.

In vielen Punkten hat Jamaika sich darauf beschränkt, den Status quo festzuschreiben. Die Zukunft der Städtebauförderung blieb unklar.

Vorschläge des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen blieben unberücksichtigt. Es findet sich hier weder eine Begrenzung von Bodenspekulation noch eine Änderung des BImA-Gesetzes mit der Abkehr vom Höchstgebot beim Verkauf von Grundstücken des Bundes hin zu einer Berücksichtigung des Konzepts – wie es in München schon lange guter Brauch ist. Instrumente für Kommunen zur Mobilisierung von Bauland fehlen ebenso wie eine Stärkung des gemeinnützigen Sektors auf dem Wohnungsmarkt bestehend aus kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften. Wir werden bei den folgenden Sondierungsgesprächen als Münchner Abgeordnete darauf ein Hauptaugenmerk legen.

Nach Merkels Scheitern:

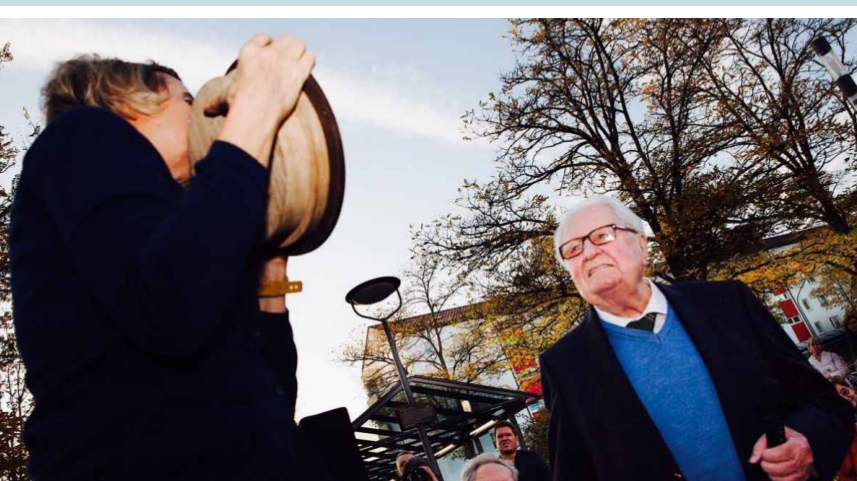
Quo vadis, SPD?

Damit hatten wir ganz ehrlich nicht gerechnet: In der Nacht zum 20. November waren die Sondierungsgespräche von Union, Grünen und FDP gescheitert. Angela Merkel ist es nicht gelungen, ihre Wunschkoalition zu zimmern und steht nun vor einem gewaltigen Dilemma – der Begriff „Kanzlerinnendämmerung“ macht bereits die Runde. An den Jamaika-Sondierungspapieren überrascht immer noch, dass die Grünen einen Großteil ihrer hehren Grundsätze und Überzeugungen geräumt hätten und erkennbar noch näher an die CDU/CSU gerückt sind. Christian Lindner und seine FDP verwechseln wie schon im Wahlkampf Politik mit Inszenierung – mit oder ohne Unterhemd-Fotos, dafür aber neoliberal und marktkonform wie eh und je. Was unterm Strich von der „Schwampel“ geblieben ist, sind – wie in etlichen Dramen – Balkonszenen, aber ohne Nachtigall. Für die SPD war zu diesem Zeitpunkt alles klar. Wir gehen in die Opposition und stellen uns programmatisch und organisatorisch neu auf. Klar war aber sehr schnell auch, dass sich die SPD

Gesprächen nach dem eindringlichen Appell des Bundespräsidenten nicht einfach rigoros verweigern kann. Die veröffentlichte Meinung, bekanntlich durchaus auch eigenen Interessen folgend, hat dann ein Übriges getan, aus einem Riesenproblem der gescheiterten Kanzlerin langsam aber zielsicher ein Problem der SPD werden zu lassen. Auf dem gerade zu Ende gegangenen Bundesparteitag in Berlin, vorher auch schon bei unserem Parteitag in München, haben wir intensiv um den richtigen Weg in dieser Situation gerungen. Viele haben die berechtigte Sorge, eine Neuauflage der Großen Koalition würde das Profil der Sozialdemokratie weiter verwässern, die Ränder im politischen Parteienspektrum weiter stärken und die von vielen gewünschte Erneuerung der SPD verhindern. Im Gespräch ist auch die Duldung einer Minderheitsregierung, mit oder ohne Tolerierungsvertrag oder eine Kooperation, die sich nur auf eine Rahmenvereinbarung stützt und so beiden Partnern mehr Freiheiten bei der Organisation ihrer Mehrheiten für

Herzenthemen lässt, so wie das in der Theorie auch mal für die Zusammenarbeit im Münchner Rathaus gedacht war. Nach ausführlicher Debatte haben die Delegierten entschieden: Wir werden ergebnisoffen Gespräche führen und diese bewerten. Sollte sich der Parteivorstand für die Tolerierung einer Minderheitsregierung, eine andere Form der Kooperation oder die Bildung einer Regierungskoalition aussprechen, wird ein außerordentlicher Bundesparteitag über die Aufnahme von Verhandlungen entscheiden. Wenn es tatsächlich zu vertraglichen Vereinbarungen mit anderen Parteien kommt, haben die Mitglieder im Rahmen eines Mitgliedervotums das letzte Wort. Inhaltlich setzen wir auf unsere Kernthemen, also z.B. Europa, Arbeit, Rente, Kranken- und Pflegeversicherung und gerechte Steuern. Zum Glück ist es gelungen, das wichtigste Thema aus Münchner Sicht, Wohnen und Miete, zusätzlich in den Beschluss des Bundesparteitages aufzunehmen, in der Ursprungsfassung fehlte es.

Zeitkapsel im Hasenberg



57 Jahre nach der Grundsteinlegung im Hasenberg durch den damaligen Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, wurde am 20. Oktober erneut eine Zeitkapsel "versenkt"! Die darin enthaltenen DVD sollen sogar 1.000 Jahre lesbar sein. Was werden die Menschen, die das in 1.000 Jahren ausgraben, über uns sagen?



Termine

Planungsreferat



Termin im städtischen Planungsreferat: Information über das geplante Baugebiet Eggenfeldener Straße und Besichtigung des Siegerentwurfs zur Bebauung mit örtlichen Genossinnen und Genossen.

1. Sitzung des 19. Bundestages



Auch in dieser Legislaturperiode vertreten Claudia Tausend und Florian Post die Münchner Interessen in Berlin.

Weihnachtsinfostand



Gute Stimmung beim Weihnachtsinfostand in Neuperlach.

Florian Post MdB

Mitglied im Ausschuss für
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union sowie im Ausschuss für
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.